

Keine Besserung der Gesundheitsversorgung nach Wahl

Ärzte haben kein Vertrauen mehr in FDP

Köln, Juli 2013. Wer in diesen Tagen durch die Talk-Sendungen im Fernsehen zapft, merkt unmissverständlich, dass der Wahlkampf für die Bundestagswahl im September begonnen hat. Die meisten Parteien haben mittlerweile ihre Konzepte für eine neue Legislaturperiode erstellt. Öffentlich wird dabei über Gesundheitspolitik nur wenig diskutiert, wobei sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Parteien zeigen. Im Prinzip stehen sich zwei Lagerkonzepte gegenüber: Die Bürgerversicherung von LINKEN, SPD und GRÜNEN und die Beibehaltung des jetzigen Systems mit GKV und PKV der FDP und CDU. Dr. Michael Stephan-Odenthal, Facharzt für Urologie und Geschäftsführer der Uro-GmbH Nordrhein, sieht in beiden Konzepten Risiken für Versicherte und niedergelassene Ärzte.

Bürgerversicherung

„Unter dem Strich wird die Bürgerversicherung für sehr viele Bürger und auch für Unternehmen vor allem auf Beitragserhöhungen hinauslaufen“, meint Stephan-Odenthal. „Entweder soll die Beitragsbemessungsgrenze ganz abgeschafft oder deutlich erhöht und alle Einkommensarten herangezogen werden.“ Unklar bleibt aus seiner Sicht bei den Bürgerversicherungsmodellen, nach welchen Maßstäben Ärzte vergütet werden sollen. Ob nun alle Einrichtungen im Gesundheitswesen in die öffentliche Hand überführt werden, wie es die LINKEN wollen, oder eine „Vereinheitlichung der Honorarordnungen zwischen GKV/PKV und ambulant/stationär“, wie es die SPD möchte, in jedem Falle müssen gerade niedergelassene Fachärzte mit erheblichen Umsatzeinbußen rechnen. „Damit sinken natürlich die Anreize für Ärzte,

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst – Große Düwelstraße 28 - 30171 Hannover
robst@komm-public.de - fon: 0511-89 88 10-11 - fax: 0511-89 88 10-10

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Kaiser-Wilhelm-Ring 50 - 50672 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

insbesondere Fachärzte, weiterhin selbstständig zu sein“, kommentiert Stephan-Odenthal. Das würde aus seiner Sicht den Ärztemangel weiter verstärken und letztendlich den Patienten schaden.

System mit GKV und PKV

CDU und FDP wollen beim jetzigen System mit gesetzlichen und privaten Kassen verbleiben und die Beitragsautonomie der Kassen weiter erhöhen, um den Wettbewerb zwischen den Kassen zu verschärfen. Sie plädieren vor allem für die weitere Einfrierung des Arbeitgeberanteils und für einen steuerfinanzierten Ausgleich für höhere Versichertenanteile. Die deutlichste Änderung der FDP ist die Forderung zur Abschaffung des Sachleistungsprinzips hin zu einem Kostenerstattungsprinzip, was einer Abschaffung der Budgetierung für Ärzte gleichkäme. „Warum ein solches Vorhaben in dieser Legislaturperiode unter einem FDP-Gesundheitsministerium nicht erfolgt ist, bleibt jedoch offen und lässt an der Glaubwürdigkeit der Absichten stark zweifeln“, spiegelt Stephan-Odenthal die Ansicht vieler niedergelassener Fachärzte Nordrheins wieder.

An darüber hinaus gehenden Ideen zur weiteren „Verbesserung“ des Gesundheitssystems mangelt es laut Uro-GmbH keiner Partei. Von Stärkung der Prävention über die Ausweitung der IV-Versorgung und Abschluss von Selektivverträgen sowie weitere Stärkung der Patientenrechte, Bekämpfung von Korruption bis hin zur Verbesserung der Pflege werden zahlreiche Absichten kundgetan. Diese sind aber laut Stephan-Odenthal auch heute schon mit erheblichen Widersprüchlichkeiten und vor allem Maximierung der Bürokratie verbunden. „Schon jetzt verschlingt die Bürokratie mit über 170 Verwaltungsstellen Unsummen der Versicherungsgelder, die schon heute in der Versorgung unserer Patienten fehlen.“ www.uro-gmbh.de